

Europa: Zivilgesellschaftlichen Klimaschutz neu beleben

„Wir müssen eine völlig andere Philosophie von Politik und Energiesystemgestaltung entwickeln“.

Lutz Ribbe, stellvertretender Vorsitzender der EWSA-Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung über die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, dezentrale Versorgungsstrukturen und den Abbau von Hürden für zivilgesellschaftliche Akteure.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) stellt fest, dass zivilgesellschaftliche Akteure sich großen Hindernissen gegenüber sehen, wenn sie Klimaschutzmaßnahmen umsetzen wollen. Was sind die Gründe?

Ribbe: Die Politik hat entweder nicht verstanden, welche Potentiale in der Bürgerenergie liegen. Und wo sie es verstanden hat, stellt sie sich oft schützend vor die Interessen der Großindustrie, der alten Versorgungsstruktur.

Der zweite Punkt ist meiner Meinung nach: Sowohl in der Politik wie in der Gesellschaft ist die eigentliche Dimension der Energiewende noch nicht richtig verstanden. Die meisten glauben, es ist eine rein technische Revolution, weg von Kohle oder Atom hin zu Erneuerbaren Energien. Doch das ist nur ein Teil der Story. Die eigentliche Revolution liegt in meinen Augen in der Abkehr von zentralen hin zu dezentralen Versorgungsstrukturen. Um Dezentralität zu erreichen, muss man die Menschen mitnehmen. Denn sie werden neue Anlagen nur dann akzeptieren, wenn sie deren „Wert“ auch wirklich erfahren.

Regionalentwicklung und klimaschonende Energiepolitik könnten sich gut ergänzen, heißt es an anderer Stelle. Dies werde in der EU noch nicht gesehen.

Ribbe: Die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Energiewende von unten einsetzen, haben dies verstanden. Sie engagieren sich nicht nur, weil sie das Klima schützen wollen. Es ist auch ökonomisch tragfähig und gewinnbringend. Ich mache ein Projekt im Nordosten Polens, wo eine Woiwodschaft Erneuerbare Energien primär entwickeln will, weil sie die Region ökonomisch entwickeln möchte. Dies ist in Polen einmalig, und an vielen anderen Stellen auf der politischen Ebene eben noch nicht durchgedrungen. Diese strategische Verbindung von Energiepolitik und Regionalentwicklung ist übrigens bisher in keinem Dokument der Europäischen

Kommission beschrieben worden. Die Aufgabe ist, dies klarzumachen. Europa pumpt Milliarden in die Regionale Wirtschaftsförderung, dabei sind nun Ressourcen da, die man zu Geld machen kann: Sonne, Wind und Biomasse. Warum nutzt man dies nicht viel strategischer?

Der EWSA fordert ein Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Das klingt erst einmal abstrakt. Was soll es konkret leisten?

Ribbe: Ausgangspunkt des Papiers ist die Frage, wie wir die Beschlüsse von Paris umsetzen. Bisher hat Europa primär Klimadiplomatie betrieben, aber noch nicht wirklich Klimapolitik gemacht. Die Umsetzung der Pariser Beschlüsse machen nicht die Verhandler, sondern müssen sehr viele Leute leisten, Privatpersonen, Gebietskörperschaften, Genossenschaften, Unternehmen, die Gewerkschaften, die Bürgerenergie usw. Es gibt aber derzeit keinen wirklichen Dialog zwischen der Politik, also den Entscheidern, und denen, die Klimaschutzpolitik umsetzen wollen, können, könnten und eigentlich auch sollten. Wir halten es für notwendig, dass dieser Dialog endlich zustande kommt.

Meist funktioniert Politik so, dass PolitikerInnen entscheiden, wer was zu tun hat. Dieser Top-Down-Ansatz reicht nicht mehr. Wir müssen ihn umkehren. Diejenigen, die die Rahmenbedingungen setzen, müssen bei denen, die betroffen sind und handeln können bzw. handeln wollen, systematisch abfragen: Wo sind die Potentiale? Wer kann und wer will was machen? Wo sind Behinderungen, die wir – als Gesetzgeber – abbauen müssen, damit lokal und regional gehandelt werden kann. Das ist der entscheidende Punkt.

Ist die Prosumerdiskussion ein Thema in Brüssel?

Ribbe: Die EU ist gerade dabei, die Energiesystematik auf den Prüfstand zu stellen. Sie überarbeitet die Richtlinien Erneuerbare Energien und hat zwei Papiere auf den Tisch gelegt. Das eine ist zum Thema „New deal for consumer“. Welche Rechte und Möglichkeiten müssen wir den Verbrauchern einräumen? Doch derzeit hört für die EU Kommission der Prosumer-Ansatz beim Zähler auf. Hinter dem Zähler, im eigenen Haus, sollen die Konsumenten machen dürfen, was sie wollen. Das reicht nicht nur nicht aus, sondern ist vielmehr sogar diskriminierend. Was ist z.B. mit den Mietern, die kein Dach haben? Was ist mit Gewerbetreibenden, die keine eigene Immobilie besitzen? Wieso soll ich als Teilhaber an einer Windanlage und somit Stromproduzent meinen Strom nicht direkt beziehen dürfen?

Die EU macht sich – zweitens - auch Gedanken zum Strommarktdesign der Zukunft. Da war ich auch Berichterstatter. Wir haben gesagt, es macht keinen Sinn, in Europa die zentralistischen Systeme zusammenzuschalten. Wir müssen eine ganz andere Philosophie von Energiesystemgestaltung entwickeln. Diese sollte aus vielen kleinen, mehr oder weniger teilautarken Versorgungsinseln bestehen, die miteinander verbunden sind. Wir können dann zwischen diesen vielen dezentralen Inseln Strom hin- und herschieben; nicht

z.B. zwischen zentralistischen Offshore Anlagen und aberwitzigen Desertec-Modellen. Auf der europäischen Ebene ist man bei der Frage der Marktgestaltung meiner Einschätzung nach gedanklich partiell weiter als in den Nationalstaaten.

Wenn das geplante Bündnis erfolgreich arbeitet, was erwarten Sie für Ergebnisse?

Ribbe: Wir erwarten, dass die Hürden und Behinderungen konsequent abgebaut und Hilfen bei dezentralen Projekten angeboten werden. Beispiel EEG: Es war und ist ein Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien, nicht ein Bürgerenergiegesetz. Doch es hat Türen und Möglichkeiten geöffnet, die jetzt gerade wieder zugeknallt sind, nachdem die früher unwilligen EVU`s verstanden haben, dass die Entwicklung auch ohne sie läuft. Solche „Windows of opportunity“ für Bürgerenergien systematisch zu analysieren und zu erweitern wäre entscheidend. Wie bekommen, um nur ein Beispiel zu nennen, Bürgerinnen und Bürger, die einen Anteil an einer Windanlage haben, ihren Windstrom direkt nach Hause, ohne über die Graustrombörse und die Händler gehen zu müssen? Daraus lassen sich z.B. Prosumermodelle entwickeln.

Ein solches Vorgehen stellt das gesamte Energiesystem nicht nur technisch auf den Kopf. Es stellt auch das Ökonomiemodell auf den Kopf. Bisher produzieren große Energieversorger und die Bürgerinnen und Bürger konsumieren, die Versorger verdienen und Bürger bezahlen. Ein dezentrales System bringt Erzeuger und Verbraucher zusammen und verteilt Wertschöpfung völlig anders.

Vielen Dank für das Gespräch

Das Gespräch führte Rainer Lange, Bündnis Bürgerenergie e.V.

Lutz Ribbe ist stellvertretender Vorsitzender der EWSA-Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung und hauptberuflich naturschutzpolitischer Direktor bei EURONATUR